



I. Allgemeine Informationen: Halbzeitwahlen

Eine Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (EP) dauert 5 Jahre. In der jetzigen Strassburgwoche hatte diese Periode Halbzeit, weswegen einige Posten neu vergeben wurden. Im Rahmen dieser "Halbzeitwahlen" wurden der Parlamentspräsident, die 14 Vizepräsidenten und die fünf Quästoren für die zweite Halbzeit der Legislaturperiode von den Abgeordneten gewählt. Dabei wurde der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz zum neuen Präsident des EPs gewählt. Der bisherige Vorsitzende der Sozialdemokraten Fraktion im Parlament bekam bei der Wahl am Dienstag 387 der 670 abgegebenen gültigen Stimmen. Der Aachener übernimmt das Amt von dem polnischen Christdemokraten Jerzy Buzek, der als erster Osteuropäer und Mitglied der europäischen Volkspartei (EVP) eine

europäische Institution geleitet hat. Schulz wiederholte seine Forderung, das Parlament müsse bei den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs mit am Tisch sitzen. Traditionell teilen sich die beiden größten Fraktionen im Parlament während der fünfjährigen Legislaturperioden das Präsidentenamt. Die Amtszeit von Schulz läuft bis zu den nächsten Europawahlen im Juni 2014.

Des Weiteren haben die Europaabgeordneten von CDU und CSU den Nordrhein-Westfalen Herbert Reul (CDU) zu Ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Sein Vorgänger Werner Langen (CDU, Rheinland-Pfalz) war nicht mehr zur Wiederwahl angetreten. Als Co-Vorsitzender wurde Markus Ferber (CSU) bestätigt.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgendes beschlossen:

1. Verschärfung von Abfallrichtlinien

Am Donnerstag hat das EP eine Verschärfung der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte verabschiedet. Ziel ist mehr Altgeräte zu recyceln sowie illegale Schrottexporte in Drittstaaten einzudämmen. In Zukunft können ausgediente Handys, Rasierer oder Energiesparlampen in der EU auch dann beim Elektrohändler oder im Baumarkt entsorgt werden, wenn kein neues Gerät gekauft wird. Mitgliedsstaaten können jedoch Ausnahmen machen, wenn es bereits ein ähnlich wirksames Sammelsystem in ihrem Land gibt. Das EP hat dabei eine Verschärfung des Sammelziels stufenweise ab 2016 gefordert. Danach sollen ab 2016 künftig 45 Prozent, ab 2019 dann 65 Prozent der in den zurückliegenden drei Jahren verkauften Geräte oder alternativ 85 Prozent der insgesamt anfallenden Altgeräte getrennt gesammelt werden.

Aktuell wird eine Sammelquote von nur ca. 20 % in der EU, in Deutschland von ca. 40 % erreicht. In der EU gibt es derzeit 8 verschiedene Richtlinien zum Abfallrecht, die zwischen 1996 und 2010 in nationales Recht umgesetzt sein mussten. Mit der neuen Richtlinie dürfen nur noch gebrauchsfähige Altgeräte in Drittstaaten exportiert werden. Dabei muss künftig der Exporteur und nicht mehr wie bisher der Zoll nachweisen, dass es sich nicht um Elektroschrott handelt.

2. Resolution zum Fiskalpaket

Der von den Regierungen des Euroraums angestrebte Fiskalpakt für eine striktere Haushaltsdisziplin löste im EP harsche Kritik aus. Die Abgeordneten drohten mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), um das EU-Recht und die Rolle der EU-Institutionen zu verteidigen. Vertreter aller Fraktionen warnten, der zwischenstaatliche

Vertrag, mit dem unter anderem regelmäßige Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs nur des Euroraums etabliert werden sollen, könne zu einer Spaltung EU führen.

In einer mit breiter Mehrheit angenommenen Resolution – 521 Parlamentarier dafür, 124 dagegen bei 50 Enthaltungen – fordern die Abgeordneten, dass in dem Fiskalpakt ausdrücklich das Primat des EU-Rechts anerkannt wird. Das Parlament verlangt eine rechtverbindliche Zusicherung, dass das zwischenstaatliche Arrangement nach spätestens fünf Jahren in die EU-Verträge überführt wird und pocht auf parlamentarische Kontrolle.

Das EP sowie nationale Parlamente müssten in alle Aspekte künftiger Wirtschaftskoordinierung eingebunden werden. Grundsätzlich stellt das Parlament den Sinn der Übereinkunft von 17 statt von 27 Mitgliedstaaten in Frage. Die verschärften Haushaltsregeln ließen sich auch im Rahmen der EU-Verträge umsetzen.

Der Vertrag soll nur für die Euroraum-Staaten gelten. Bis auf das Vereinigte Königreich hatten aber die anderen EU-Staaten signalisiert, sich daran beteiligen zu wollen. Die britische Regierung hatte leider eine ursprünglich geplante Änderung der EU-Verträge abgelehnt, die eine strengere finanzpolitische Koordinierung erreichen sollte. Nicht zuletzt kritisieren die Europaabgeordneten in der Resolution, die Regierungen legten zu viel Gewicht auf Haushaltskürzungen. Sparen alleine löse aber

die Probleme der Krise nicht, dazu gehörten auch Wachstum und strukturelle Veränderungen. Das EP verlangt von den Regierungen, in die Fiskalvereinbarung einen Schuldentilgungsfonds, Projektbonds, eine Finanztransaktionssteuer und einen Fahrplan zur Einführung von Eurobonds aufzunehmen.

3. Politische Situation in Ungarn

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban hat in einer Debatte im EP über eine Reihe umstrittener neuer Gesetze zugesagt, die Probleme „schnell und einfach“ zu korrigieren.

Die Kommission hat am Tag zuvor drei Verfahren eingeleitet, da sie unter anderem Zweifel hat, ob durch zu Jahresbeginn in Kraft getretene Gesetze die Unabhängigkeit der Notenbank und der Datenschutzbehörde noch gewährleistet ist. Zudem will sie Informationen darüber, wie es um die Unabhängigkeit des Justizsystems bestellt ist. Darüber hinaus forderte die Kommission, die Pressefreiheit zu achten. Die von der Kommission eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren hätten nichts mit der ungarischen Verfassung zu tun, sondern es ginge nur um „Durchführungsbestimmungen“. Bisher sei kein Paragraph der Verfassung beanstandet worden, sagte Orban. Die Europaabgeordneten forderten in der Parlamentsdebatte in unterschiedlicher Schärfe eine schnelle Lösung der Probleme unter Berücksichtigung der Demokratie und der Werte der EU.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Politische Entwicklung in Ungarn
- Abstimmung Biozid-Verordnung
- Debatte Lebensmittelpreise
- Resolution zur Verhinderung von Lebensmittelverschwendung
- Debatte über Patentgerichtsbarkeit
- Prioritäten der dänischen Ratspräsidentschaft

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:

Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:

Große Str. 90
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10

E-Mail: info@europa-mayer.de



EVP-Fraktion